



SGB Schweizerischer
Gewerkschaftsbund
USS Union syndicale
suisse
USS Unione sindacale
svizzera

Adresse Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Korrespondenz Postfach, 3000 Bern 23
Telefon 031 377 01 01
Telefax 031 377 01 02
E-Mail info@sgb.ch
Internet www.sgb.ch
PC 30-2526-3

Abstimmungskampagne gegen das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)

Musterreferat

von Rolf Zimmermann

Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung!

Nein zur Strommarktliberalisierung - Nein zum EMG

Nein zur Zerstörung unserer preiswerten und stabilen Stromversorgung

Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung! Nein zur Strommarktliberalisierung – Nein zum EMG Nein zur Zerstörung unserer preiswerten und stabilen Stromversorgung

Höhere Strompreise, 6000 abgebaute Arbeitsplätze und eine destabilisierte Stromversorgung drohen uns mit dem neuen Elektrizitätsmarktgesetz (EMG). Der liberalisierte Strommarkt zerstört ein System, das bestens funktioniert. Es ist sicher, effizient, stabil und preiswert. Weshalb dies alles auf den Kopf zu stellen? Die Bürgerinnen und Bürger sind zufrieden. Sie wollen nicht gezwungen werden, aus einer Flut von Werbematerial ihren Stromlieferanten auszuwählen. Denn das Produkt aus der Steckdose bleibt sich immer gleich. Interessiert am EMG sind einige Grossverbraucher und vor allem Stromhändler und Grossproduzenten. Sie erwarten hohe Gewinne dank steigenden Preisen und Börsenspekulation. Das bringt vor allem Unsicherheit.

Wohin die Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung des Service public führen können, haben ausländische, aber auch inländische Beispiele zur Genüge gezeigt: Die Stromkrise in Kalifornien kostete den Staat 50 Mia. Dollar, in den europäischen Nachbarländern steigen die Strompreise der Normalverbraucher und in der Regel sinkt gleichzeitig die Qualität der Stromversorgung. Die privatisierten, britischen Eisenbahnen sind innerhalb der EU die schlechtesten, teuersten und mittlerweile auch die gefährlichsten! Eines haben alle Beispiele gemein: Wenn's nicht mehr rund läuft, muss der Staat einspringen. Eisenbahnen und die Wasserversorgung sind in England zu Spekulationsobjekten verkommen, verlieren an Wert und Qualität. Jetzt muss der Staat für private Flops mit Steuergeld finanziell wieder geradestehen. Inakzeptabel!

Nichts eignet sich schlechter für den freien Markt als die technisch hoch komplexe vernetzte Stromversorgung.

Strom muss zur gleichen Zeit produziert werden, wie er verbraucht wird. Der mit dem EMG erzwungene freie Markt will das Spiel oft wechselnder Konsumenten-Lieferanten-Verhältnisse. Das führt aus zwei Gründen zum Abbau der heute ausreichenden Reservekapazitäten: Erstens wollen die Stromlieferanten ohne garantierten Absatz nicht auf teuren Reserven sitzen bleiben und zweitens sind sie an der Stromknappheit interessiert, weil ein knappes Angebot hohe Preise und tolle Gewinne verspricht. Kalifornien und der Enron-Crash sind dafür anschauliche Beispiele.

Ein falsches System: Neu wechselnde Kunden – vor allem der Absprung Grosser – zwingen die Verteilwerke ihre teuren Reservekapazitäten abzubauen.

So wird Reservestrom zur Mangelware. In Spitzenlast-Zeiten – wenn alle auf Strom angewiesen sind – wird er deshalb sehr

Gutes System nicht auf den Kopf stellen

Strom eignet sich nicht für freien Markt

Hohe Produzentenmacht nach Reserveabbau

teuer. Die *Marktmacht der Produzenten ist dann sehr gross*, weil der Konsument den Strom sofort braucht. So kann im freien Markt billig produzierter Strom aus alten längst amortisierten Werken auf dem Niveau der Grenzkostenpreise neuer Anlagen verkauft werden.

Unser Strom, unsere Kraft- und Verteilwerke dürfen nicht zum Spielball der Spekulation von Stromgiganten und einiger Handelsfirmen werden.

Die Befürworter der Strommarktliberalisierung haben bis vor kurzem immer tiefere Preise versprochen. Nun schweigen sie plötzlich in allen Landessprachen. Denn die Preise im liberalisierten Ausland steigen.

Preise steigen

Normalverbraucher bei uns bezahlen heute im internationalen Vergleich tiefe Preise. Von Ort zu Ort zwar unterschiedlich und mit Ausnahmen, aber durchschnittlich 17-18 Rp. im Hochtarif ist günstig. Und Grossverbraucher liegen schon jetzt deutlich unter diesen Werten.

Umgekehrt zeigen die Zahlen der EU-Statistik im liberalisierten Europa stark steigende Preise: Nach anfänglichen Dumpingpreisen, die zum Abbau von Reserven und Gewinnung grosser Kunden dienten, stiegen die Preise zwischen Anfang 1999 und Mitte 2001 in Norwegen 22%, Schweden 14%, BRD 13%, England 11.

Die Preiserhöhungen haben ihre handfesten Gründe im neuen liberalisierten System:

1. Der Markt verteuert wegen der bereits beschriebenen grossen Marktmacht der Produzenten vor allem die Grosshandelspreise. Sie werden vom EMG – das nur die Durchleitungspreise reguliert – keinerlei Preiskontrollen unterzogen. Deriwatt – die Strom-Finanzanlage-Bank des Schweizer Stromhändlers EG Laufenburg rechnet in den nächsten 5-7 Jahren mit einer *Verdoppelung der Produktionspreise*. Sie rechnet fest mit dem Grenzkosten-Preisniveau neuer Werke für alle!
Die Strom-Financer wissen, wovon sie schreiben.
2. *Aggressive Profitstrategien auf jeder Verteilstufe* von stets mehr privaten Akteuren und ihre hohen Gewinne – allenfalls auch Verluste – sind ein weiterer wesentlicher Teuerungsfaktor im liberalisierten Markt.
3. Die von der EMV vorgeschriebene komplizierte Berechnung der Durchleitungskosten erlaubt es, den Kunden bereits abgeschriebene Netze ein zweites Mal zu belasten sowie höhere Renditen als Bundesobligationen und einen Risikozuschlag zu verrechnen.

4. Der freie Markt verlangt teure Marketingaufwendung. Es wird sehr viel Geld kosten, den Menschen einzureden, dass der Strom der einen Firma besser ist als der genau gleiche einer anderen. Die *Werbudgets* für gleichwertige Produkte sind bekanntlich sehr hoch. Bei Bier oder Mineralwasser rechnet man mit 15% des Umsatzes dafür. So oder ähnlich massiv dürften sie sich auf unsere Stromrechnungen auswirken.
5. Weitere Teuerungsursachen sind: sicher steigende Verwaltungskosten wegen Kundenwechseln (darf den Wechslern nicht direkt berechnet werden), unendliche Rechtshändel über Netztarife oder –benutzung sowie die allgemein grossen Aufwendungen in einem hoch komplexen und sehr unruhigen Markt. – Das Monopol der AHV und die teilmopolistische Suva arbeiten bekanntlich viel effizienter und kostengünstiger als private Versicherungsgesellschaften.

Dies alles sind Gründe für den Preisauftrieb. Die Preisschwankungen werden im freien Markt enorm sein.

In Kalifornien ganz extrem und ansatzweise in Europa im kalten Dezember 2001 wurde bei hohem Strombedarf das Angebot verknappt, um die Preise hochzutreiben.

Kalifornische Blackouts auch in Europa?

Während den kalten Tagen kurz vor Weihnacht 2001 stiegen die Preise an der Strombörse in Leipzig auf über 2,50 pro kWh für Spitzenlaststrom, aber auch Grundlastpreise schwankten zwischen 17 und 70 Rp. Bezahlt haben sicher nicht die Grossen mit ihren Dumping-Verträgen. Zur Kasse gebeten wurden am Schluss die Kleinen über x Verrechnungsstufen. Denn sie sind der Marktmacht ohne den kollektiven Monopolschutz ihres Werkes schutzlos ausgeliefert.

Die sichere Versorgung mit stabilen Preisen ist im freien Strommarkt gefährdet: Jedenfalls dort, wo aus Kostengründen die Reservekapazitäten abgestossen wurden, werden die Preise in die Höhe schnellen, wird die Börse regieren. Und wo ihre Preise nicht bezahlt werden, drohen kürzere oder längere Blackouts. Was sich im Dezember 2001 in Europa bereits ansatzweise zeigte, hat Kalifornien im Sommer 2000 bis zum Exzess durchgespielt. Mit Lieferstopps provozierten Produzenten und Grosshändler (Enron!) gezielt mehrere Blackouts. Sie erpressten damit, dass Höchstpreise weit über jenen vor der Liberalisierung erlaubt wurden, was gesetzlich nicht vorgesehen war.

Die Beispiele zeigen, wie der liberalisierte Strommarkt die Versorgungssicherheit preislich und zeitlich infragegestellt. Damit wollen wir in der Schweiz gar nicht anfangen!

Im Gegensatz dazu haben unsere Versorgungsmonopole eine Versorgungspflicht und funktionieren über den gegebenen öffentlichen Versorgungsauftrag. Sie sind demokratisch kontrolliert. Ihre Mischrechnung und ohne Kundenwechsel gut mögliche Planung erlauben stabile Preise und die sichere Versorgung mit langfristig gültigen Lieferverträgen.

Versorgungssicherheit im Sinne der heute geltenden Versorgungspflicht schliesst das EMG aus und beschränkt sie in Art. 32 ausdrücklich für die in der kurzen Übergangszeit von 6 Jahre noch nicht in den freien Markt entlassenen „festen Kunden“. Die *Botschaft* des Bundesrats schreibt dazu auf Seite 7449 unmissverständlich, die *„Versorgungspflicht gegenüber allen Stromkonsumenten wäre nicht nur ordnungspolitisch falsch, sondern für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen eine im freien Wettbewerb nicht zumutbare Aufgabe, da diese (...) Reserveenergie bereitstellen müssten, mit dem Risiko (...)“*, dass es infolge Lieferantenwechsels der Kunden *„(...) auf der bereitgestellten Elektrizität sitzen bliebe.“* Und nach der Übergangszeit gilt uneingeschränkt: *„Endverbraucherinnen und -verbraucher, die vom Markt profitieren können, sollen selber für die regelmässige und ausreichende Versorgung mit Elektrizität besorgt sein.“*

„Profitieren“ kann für wenige Grosse noch zutreffen. Für normalverbrauchende Gewerbebetriebe und Haushalte heisst das nur unnötigen Beschaffungsstress und teure Unsicherheit.

Der freie Strommarkt ist für die Bürgerinnen und Bürger unsicher und ineffizient.

Unsere öffentliche Stromversorgung mit Gebietsmonopolen ist eine 100 Jahre alte Erfolgsgeschichte. Sie ist Teil des Schweizer Wirtschaftswunders? Unser wirtschaftlicher Fortschritt und der Wohlstand sind mit der effizienten Versorgung von Stadt und Land mit Elektrizität gewachsen. Unsere leistungsfähigen Stromnetze und der gute Mix mit Reservekapazitäten an Wasserkraft in den Bergen sind seit Jahrzehnten ein entscheidender Standortvorteil der Schweizer Wirtschaft. Der mit dem EMG erzwungene freie Markt baut nicht mehr auf diesem Verbund. Er setzt ihn vielmehr unter Zerstörungsdruck und setzt Preissignale für Verkäufe von Strom und Anlagen ins Ausland.

Während die im liberalisierten Markt von den Verteilnetzen entkoppelten Produzenten Höchstpreise erzielen können, werden die Verteilunternehmen selber dem Druck stets weniger fusionierter Elektrogiganten ausgesetzt werden. Das EMG fördert dies noch und verlangt Vergleichsstudien über Netzkosten. Kleine und mittlere Netzbetriebe, unsere Gemeindewerke werden brutal unter Druck gesetzt. Sie werden der Konkurrenz in die Fusionsarme gedrängt. Und ihren Kundinnen und Kunden werden in der Realität fusionierte Lieferanten aufgezwun-

**Heutige Monopole
haben Pflicht zur Versor-
gungssicherheit**

**Das EMG macht
Schluss damit**

**100 Jahre Erfolgs-
geschichte**

**Ein Standortvorteil
unter Zerstörungsdruck**

**Gemeindewerke unter
massivem Kostendruck**

gen. Von freier Wahl keine Spur mehr.

Die ersten Opfer des Kostendruck aber werden schätzungsweise *6000 Arbeitsplätze* sein. Technische Fachkräfte, welche bisher für die legendäre Schweizer Netzsicherheit gesorgt haben. Die Liberalisierung setzt auf Profit und Marketingstellen und spart dann an der Netzeffizienz.

Aus dem liberalisierten Ausland kennen wir die Folgen: Ein Schneesturm in *Schweden* liess die Menschen 2 Wochen stromlos in der kalten nordischen Winternacht, weil mangels Personal das Netz nicht instandgestellt werden konnte. Und in *Neuseeland* gehören seit der Liberalisierung stundenlange Stromausfälle zum modernen Alltag besonders in den Städten. Mit all den Folgen für Mensch und Wirtschaft.

Die Liberalisierung fördert eine falsche Effizienz, jene des Profits und der Machtkonzentration, zu Lasten des Komforts und der gemeinwirtschaftlichen Versorgung. Nur ohne das EMG werden unsere Verteilmonopole nicht zerschlagen und können demokratisch kontrolliert und leistungsfähig bleiben.

Es gibt keinen Grund, diese Effizienz dem Chaos des freien Marktes auszuliefern. Das Risiko der Spekulation, der Versorgungsspannen, der spekulativen Lieferstopps, der Preisexplosion ist zu gross.

Geht es nach gewissen Absichten in der EU, rechnet man nach einer vollständigen Öffnung in Europa mit einer Übermacht von etwa 5 Mono- bzw. Oligopolisten. Unter diesen Giganten dürften Schweizer fehlen. Das Sagen haben dann Konzerne, wie E.ON (die ehemalige Preussenelektra) oder der französische Staatskonzern EDF, allenfalls auch die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und die dritte deutsche Energie Baden-Württemberg oder die nordische Sydkraft, die fast alle bereits in der Schweiz vorsorglich Minderheitenanteile eingekauft haben. Ohne EMG wird ihr Interesse schwinden und unsere eigene Versorgung sicherer. Wir wollen keine profitgetriebene Fernsteuerung.

Umgekehrt sind ohne EMG Diskriminierungen seitens Europa nicht zu befürchten. Dies hat der deutsche Wirtschaftsminister im Februar an einer VSE-Tagung in Luzern bestätigt. Unsere Transitleitungen sind für die umliegenden Länder zu wichtig und auf den Spitzenstrom aus den Stauseen sind sie so oder so angewiesen.

Zudem wird auch in der EU der Widerstand immer stärker. Am EU-Gipfel in Barcelona wurde das Ziel der vollständigen Strommarkt-Liberalisierung aufgegeben und auf Druck Frankreichs auf Firmenkundschaft reduziert. Und selbst dies ist noch nicht vom Parlament beschlossen. Je grösser die erst kurzen Erfahrungen in der EU sind, desto grösser dürfte die Skepsis

6000 Arbeitsplätze weg

**mehr und längere Net-
zunterbrüche**

Europa

**Bald nur noch
5-7 Stromgiganten?**

werden. Und die Erfahrung heisst, wieder steigende Strompreise. In Deutschland sogar schon wieder für die Industrie!

Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU. Sie hat keinen Grund, der EU vorauszuweichen. Vielmehr muss sie aus den dort gemachten Fehlern lernen.

Eine Annahme des EMG wäre für Economiesuisse – den früheren „Vorort“ – und die neoliberale Rechte in der Schweiz unweigerlich ein Zeichen, auch bei der Post und der Bahn die Liberalisierung voranzutreiben. Wir wollen aber keine Poststellen-Wüste in der Schweiz. Das haben die über 100'000 Unterschriften für die Volksinitiative „Post für alle“ und unzählige Petitionen im ganzen Land gezeigt. Wir wollen auch keine „englische Krankheit“ für unser weltweit vorbildliches Bahn- und Bussystem. Die britische Bahnprivatisierung mit Preisexplosion, Unfallserien, Verspätungen und Serviceabbau hingegen unanständigen Dividenden für die privaten Aktionäre sogar noch nach dem Desaster, muss uns ein Warnsignal sein.

**Mit dem EMG
Mehr Druck bei
Bahn und Post**

Ein Ja zum EMG könnte aber auch das Signal zur schnellen Liberalisierung der Gas- und Wasserversorgung sein. Die Pläne beim Gas sind bereits in der Schublade. Und selbst bei den Wasserversorgungen ist der Druck von ausländischen Grosskonzernen sehr gross. Deutsche Stadtbehörden in Finanznöten (z.B. Berlin) sind bereits ihren Geldangeboten erlegen. Aber auch hier zeigt England, dass es nur sehr viel teurer und immer schlechter, unhygienisch und riskant wird.

**Vorspiel für Gas und
Wasser**

Wehret den Anfängen! - Mit dem Nein zum EMG.

Umso stossender sind die Liberalisierungs-Illusionen grüner Kreise wegen wenigen minimalen Zugeständnissen im EMG für den Ökostrom. Es handelt sich um 2 Bestimmungen:

1. wird während 10 Jahren Strom aus Solar-, Wind-, Holz und Biogasanlagen sowie Kleinstwasserkraftwerken gratis transportiert.
2. gilt eine Deklarationspflicht, womit den Konsumenten die freie Wahl dieses „grünen“ Stroms garantiert sei.

Beide Bestimmungen sind reine Alibi-Bestimmungen: Die Gravidurchleitung macht einen Bruchteil des weiterhin hohen Produktionspreises für Alternativstrom aus. Er macht heute etwa 0,2% der Schweizer Verbrauchs aus. Der finanzielle Vorteil wäre zwischen 30 und 40 Millionen in einem Markt von 8,5 Milliarden. Ein Klacks, nicht mehr!

Selbst wenn sich während den 10 Förderjahren der Alternativstrom auf 2% Anteil vervielfachen würde, woran niemand glaubt, würde dieser Zuwachs vom gleichzeitig mindesten 20% wachsenden gesamten Stromverbrauch mehrfach kompensiert.

Grüne Illusionen

Nicht viel besser steht es mit der oft zitierten Deklarationvorschrift zur Stromherkunft: Sie kann schon technisch nicht garantiert werden. Ökologisch produzierter Strom dürfte in den unvergleichlich viel höheren übrigen Importmengen untergehen und nicht nachweisbar bis zum Verteilnetz gelangen. Import-Export fliesst immer nur in Nettomengen über die Grenze. Was man an Windenergie in Dänemark bezahlt, gelangt höchstwahrscheinlich nie in eine Schweizer Steckdose. Soll sich die Schweiz mit dem EMG künftig neben dem Geldwaschen auch noch aufs Stromwaschen spezialisieren? Lieber nicht!

Wer Ökostrom fördern will, muss dessen Anteil erhöhen, in dem die Verteilwerke in der Nähe mehr davon produzieren müssen. Dies kann nur via heutiges Monopol sinnvoll geschehen, mit demokratischen Versorgungsaufträgen.

Ebenso wichtig wäre es, mit gesetzlichen Anreizen den Stromverbrauch zu bremsen. Das EMG und seine Verordnung, die EMV, bewirken das Gegenteil. Die Stromkonzerne müssen für ihre Gewinne Umsätze machen. Da bleibt kein Raum für Stromsparen. Das hat einer der mächtigsten Schweizer „Stromer“, Axpo-Chef Peter Wiederkehr, jüngst in den Medien betont.

Es ist deshalb nur konsequent, dass nach der Verordnung der grosse Verbrauch (z.B. für verschwenderische Elektroheizungen) viel billiger kommt, als der seltene Einsatz leistungsstarker Maschinen eines Handwerkers. Die EMV verlangt, dass die Kosten von einer Spannungsebene zur andern nach folgendem Schlüssel verrechnet werden: nur 30% nach dem Verbrauch, aber 70% aufgrund der Leistung.

Das heisst im Klartext: Grossverbraucher, die den ganzen Tag gleichförmig viel Band- bzw. Atomenergie brauchen, werden gegenüber den Kleinen privilegiert, die zwar wenig brauchen aber selten kurze Spitzen haben (z.B. wenn in der Werkstatt einmal alle Maschinen aufs Mal laufen müssen oder die kurzfristigen Kochenergielasten in Restaurants oder Haushalten). Hohe Leistungen werden deshalb hohe Fixkosten in den Stromrechnungen haben, hohe Verbräuche entsprechend tiefe. Rechnungsbeispiele zeigen, dass nach diesem Muster bei angenommenen Durchleitungspreisen von 15 Rp. pro Kilowattstunde die Preise für die Leistung im Netz über Fr. 100 pro Kilowatt nicht selten sein werden. Das kann für kleine Verbraucher umgerechnet Kilowattstundenpreise von 50 bis 90 Rappen ergeben. Für Verschwender hingegen bleiben sie unter 10 Rappen. Kein Wunder ist die Atomlobby für's EMG!

Ähnlich geförderte Verschwendung zeigt auch das liberalisierte Ausland: In *Norwegen* wurde mit dem offenen Strommarkt viel mehr Heizstrom installiert. Dort zahlt ein Rentnerhaushalt (mit Kleinstverbrauch bis 600 kWh) den Extrempreis von 55 Rp. pro kWh, während ein „Strom-Heizer“ in Nordnorwegen (mit 20'000 kWh) nur 12-13 Rp. bezahlt.

Verschwendung fördern?

Maschinen im Gewerbe bekommen teurere Preise als unsinnige Stromheizungen

Ein ökologischer Unsinn erster Klasse!

Wir brauchen diese Liberalisierung nicht. Ausser wer damit viel Geld verdienen will, hat niemand ein plausibles Interesse an dieser Reform. Sie bringt nur hohe Preise, den Abbau von 6000 Arbeitsplätzen und überhöhte private Gewinne. Wir riskieren damit den Ersatz demokratisch kontrollierter Monopole von Schweizer Städten, Kantonen und Regionen durch private Konzerne im Ausland. Wir lassen uns unsere Kraftwerke nicht verscherbeln.

Diese Reform ist unnötig, ja schädlich. Sie folgt einzig einem überholten Trend der neunziger Jahre.

Umfragen zeigen, dass die Konsumenten die sogenannte freie Wahl als Unfreiheit erkannt haben und gar nicht wollen. Sie sind zufrieden mit der heutigen Versorgung. Sie wollen nicht die ganze Werbemaschinerie über sich ergehen lassen. Der Strom kommt überall gleichwertig aus der Steckdose. Werbemarketing verteuert ihn nur zusätzlich und unnötig. Wollen wir beim Strom wiederholen, was sich bei den Krankenkassen nicht bewährt? Die Wahl aus verschiedenen Firmen bei einem haargenau gleichen Produkt ist doch ein Schildbürgerstreich. Beim leitungsgebundenen Strom und seiner technisch hoch komplizierten Verteilung trifft dies noch mehr zu.

**Also: Kein Kurzschluss bei unserer Stromversorgung!
Stoppen wir die Liberalisierungswelle jetzt.
Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz EMG.**

**Fazit: Nein zur
unnötigen und schädli-
chen
Liberalisierung**